

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Plenarwoche stand unter dem Eindruck der furchtbaren Bilder aus Israel. Wir sagen: „Nie wieder ist jetzt!“, das haben wir mit einem **fraktionsübergreifenden Antrag** im Landtag NRW klargemacht. Wir stehen fest an der Seite Israels. Die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel ist unerschütterlich. **In seiner Rede** betonte unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne, dass der Antisemitismus in Deutschland und in NRW entschieden bekämpft werden muss. Denn die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sowie die Sicherheit der hier in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden gehören zur deutschen Staatsräson! Es ist beschämend, dass Häuser in Deutschland mit Davidsternen markiert werden, dass Brandsätze auf jüdische Einrichtungen geworfen werden, dass jüdische Kitas und Schulen leer bleiben.

Nach den Ereignissen fällt es schwer, zur Tagesordnung überzugehen. Der politische Alltag nahm in dieser Woche natürlich trotzdem seinen Lauf – mit einigen spannenden liberalen Initiativen.

Neue liberale Impulse, Stillstand bei der Landesregierung

In den Plenardebatten am Mittwoch ging es auch um die Flüchtlings- und Asylpolitik. Städte und Gemeinden sind mit der Aufnahme von Migranten nicht nur an ihre Belastungsgrenze gelangt, sie werden vor allem von der schwarz-grünen Landesregierung im Stich gelassen. Die Flüchtlingspolitik dieser Regierung ist eine politische Bankrotterklärung. **Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert** von CDU und Grünen, die landeseigenen Kapazitäten für Flüchtlingsplätze auszubauen, vorzeitige Zuweisungen von Migranten an die Kommunen schnellstmöglich zu beenden, ein Bezahlkartensystem anstelle der Bargeldauszahlung einzuführen und die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz umzusetzen. Das hat unser innenpolitischer Sprecher Marc Lürbke **in seiner Rede** deutlich gemacht. Bemerkenswert ist dabei, dass Ministerpräsident Wüst ein ebensolches Bezahlkartensystem öffentlichkeitswirksam fordert, nachdem seine NRW-CDU genau diesen Antrag unserer Fraktion im September noch ablehnte.

Der durch die Landesregierung vorgezogene Kohleausstieg für das Jahr 2030 verstärkt den Bedarf an Energiespeichern. Denn nur mit dem parallelen Ausbau von solchen Speichern kann der geplante starke Zubau von Photovoltaik und Windkraft gelingen, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet wird. **Mit unserem Antrag** für den Ausbau solcher Speichertechnologien greifen wir hier der Landesregierung unter die Arme.

NRW vor dem Justiz- und Kita-Kollaps

230.000 unbearbeitete Ermittlungsverfahren bei den NRW-Staatsanwaltschaften, 100.000 fehlende Kita-Plätze im Land. Justiz und soziale Infrastruktur werden von der schwarz-grünen Landesregierung gegen die Wand gefahren. Während sich die NRW-Justiz auf Crashkurs befindet und der grüne Justizminister Benjamin Limbach durch Fehlverhalten und intransparente Vorgänge in den vergangenen Wochen immer weiter in den Fokus öffentlicher Kritik rückt, haben wir ein **umfangreiches Maßnahmenpaket** erarbeitet, das gegen den Personalmangel wirkt und die Funktionsfähigkeit unserer Justiz

sicherstellen soll. Am Donnerstag hat unser Rechtsexperte Dr. Werner Pfeil einen entsprechenden Antrag **ins Plenum eingebracht**, der in den kommenden Wochen im Ausschuss beraten wird.

Mit rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Kundgebung der Wohlfahrtsverbände vor dem Landtag eine der größten Demonstrationen der letzten Jahrzehnte. Hoffentlich ein Weckruf für Ministerpräsident Hendrik Wüst, der die auskömmliche Finanzierung und den Erhalt der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zur Chefsache machen muss. Wir helfen dabei gerne und haben auch hier **liberale Ideen mit ins Plenum gebracht**: Machen wir **das Gründen von Kitas einfacher** und unbürokratischer und schaffen wir so neue Kita-Plätze!

Liberaler Grüße und ein erholsames Wochenende

Marcel Hafke Parlamentarischer Geschäftsführer



Nie wieder ist jetzt!

Der 7. Oktober ist eine Zäsur in der Geschichte Israels und der Welt. Die Schrecken dieses Tages werden auch wir niemals vergessen. Seit dem Ende der Shoah wurden an einem Tag nicht so viele Jüdinnen und Juden ermordet wie am 7. Oktober. Der terroristische Angriff der Hamas reiht sich ein in die Gräueltaten und Pogrome, die Jüdinnen und Juden weltweit ertragen müssen – seit Jahrtausenden.

FDP-Anträge dieser Plenarwoche im Überblick:

1. **Solidarität mit Israel: Antisemitismus entschieden bekämpfen**
2. **Mehr Wertschätzung für die Justiz bedeutet auch bessere Bezahlung, ein modernes Arbeitsumfeld, professionellere Kampagnen und Achtung vor der Dritten Gewalt sowie ihren Repräsentanten und Beschäftigten**
3. **Ermöglichen statt ausbremsen – Kita-Gründungen durch Elterninitiativen vereinfachen und stärken**
4. **Flüchtlingspolitik: Nordrhein-Westfalen muss seinen Beitrag zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz leisten**
5. **Hochlauf von Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft vorantreiben**
6. **Lebensmittelanbau hochhinaus – Ausbau von Vertical Farming in NRW erleichtern**
7. **Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss mit Musterverfahren**

einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die

amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen

8. Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen!
9. Änderungsantrag I zu: „Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018“
10. Änderungsantrag II zu: „Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018“



NRW-Justiz auf Crashkurs: „Sitzt Justizminister Limbach noch am Steuer?“ - Freie Demokraten mit Maßnahmenpaket gegen Personalmangel und für mehr Wertschätzung

Die Funktionsfähigkeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen ist gefährdet. Die strukturellen Mängel und Fehlentwicklungen sind offensichtlich: Nachwuchssorgen und zunehmender Personalmangel mit Hunderten unbesetzter Stellen, vernachlässigte Digitalisierung, unzureichende Bezahlung der Justizbeschäftigten, Fehlen von Aufstiegsperspektiven und modernen Berufsbildern. Die Liste ist lang, die Lösungen sind unzureichend. Die Zahl der offenen Ermittlungsverfahren in NRW ist innerhalb von zwei Jahren um satte 34 Prozent gestiegen.